

Unter diesem Tagesordnungspunkt ist neben der Beratung der Haushaltssatzung und Haushaltsplan auch die Vorstellung der Bürgervorschläge vorgesehen. Zur Vorgehensweise einigen sich die Mitglieder des Finanzausschusses einstimmig dahingehend, dass die Vorschläge der Bürger für den Haushalt im Anschluss der Beratung der einzelnen Produktbereiche erfolgen sollen.

Viele Fragen zum Haushalt konnten im Rahmen der Haushaltsklausuren der einzelnen Fraktionen in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Verwaltung besprochen und geklärt werden. Auf Wunsch der SPD-Fraktion wurden allen Fraktionen weitere Unterlagen zu den Bewirtschaftungskosten der einzelnen Gebäude, eine Übersicht der Gebäudeflächen sowie der zur Vermietung stehenden Räumlichkeiten und Mieteinnahmen getrennt nach Objekt zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren erhielten alle Mitglieder eine Übersicht der Haushaltsansätze nach den zum Haushalt 2010 beschlossenen Kategorien

- Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung
- Maßnahmen aufgrund vertraglicher Verpflichtung
- Fortführung einer bereits begonnenen Maßnahme
- Maßnahmen aus Gründen der Verkehrssicherung
- freiwillige Maßnahmen (unterteilt in Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes notwendig sind und sonstige freiwillige Maßnahmen)

zur Kenntnis.

Auf Basis der nunmehr vorliegenden Informationen, den Fragen und Anregungen der Fraktionen (einschließlich der auch im Vorfeld der Sitzung noch eingegangenen Fragekatalogen) wurde die vorliegende Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen nach Produktbereichen eingehend erläutert und beraten.

Der Fokus der Beratungen lag insbesondere auf der gegenwärtigen gesamtfinanzwirtschaftlichen Lage einschließlich möglicher Konsolidierungsaspekte, den Auswirkungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und der geplanten städtebaulichen Projekte sowie den möglichen Auswirkungen der sinkenden Einwohnerzahl auf die bevorstehende Verhandlungsposition der Stadt beim Abschluss neuer Konzessionsverträge. Dem letzten Aspekt versucht die Stadt durch Ausweisung neuer Baugebiete, der Umsetzung der Projekte wie „Nördliche Stadterweiterung, Merl – Steinbüchel“ etc. entgegenzuwirken. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich auch die Maßnahmen der Wirtschaftsförderungen positiv auf die Einwohnerzahl Meckenheims auswirken wird. Vorrangig steht hier die Umsetzung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes.

Aufgrund der finanzwirtschaftlichen Lage der Kommunen und der von Ihnen geforderten Finanzierung des Kreishaushaltes wurde auf Antrag der FDP-Fraktion beschlossen, die nachfolgende Resolution an den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises zu entsenden:

„Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Meckenheim richtet nachstehende Resolution an den Landrat und die Kreistagsabgeordneten im Rhein-Sieg-Kreis:

Die Stadt Meckenheim appelliert nachdrücklich an den Rhein-Sieg-Kreis, dass er seinen Teil zur Entlastung der finanziell am Rande des Ruins stehenden Kommunen beiträgt, indem er

- den Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 erneut auf den Prüfstand stellt und

- vorliegende Einsparungsempfehlungen in erheblichem Umfang realisiert,
- die Kreisumlage in den Jahren 2013 und 2014 gegenüber dem derzeitigen Planungsstand reduziert,
- die im Zuge der Hartz IV Reform zu erwartenden erhöhten Bundeszuschüsse ungeschmälert an die Gemeinden weiterleitet,
- Entlastungen, die sich durch geringer ausfallende Erhöhung von Umlagen ergeben (z. B. des LVR), an die Kommunen weiter gibt,
- Notfalls auf einen eigenen ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2014 zugunsten der zwingenden Entlastung der Kommunen verzichtet.

Begründung.

Die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises haben mit ihren Haushaltsentwürfen für das Jahr 2011 und den haushaltsmäßigen Planungen für die folgenden 3 Jahre schon in einem kaum mehr vertretbaren Umfang in ihre Leistungen eingegriffen.

Durch die Ende letzten Jahres bekannt gewordene Proberechnung des Landes NRW zum Gemeindefinanzierungsgesetz, die Reduzierung der Bundeszuschüsse zu Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Anhebung der Jugendamtsumlage und der ÖPNV-Umlage durch den Rhein-Sieg-Kreis, hat sich die Situation dramatisch verschärft.

Die Kommunen stehen vor dem finanziellen Kollaps und sind nicht mehr in der Lage ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nachzukommen.

Die weitere Erhöhung von Steuern und Abgaben ist sozial und wirtschaftlich kaum mehr vertretbar. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Einstellung und Akzeptanz der Bürger zu unserem Staat aus.

Demgegenüber ist der Rhein-Sieg-Kreis in der Lage, seine notwendigen Ausgaben über Umlagen zu finanzieren.

Die Kommunen erwarten, dass der Kreis auf die deutlich eingeschränkte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Kommunen Rücksicht nimmt und seine Ausgaben ebenso auf das absolut Notwendige beschränkt, alle Möglichkeiten zur Kostensenkung umsetzt und die gestalterischen Möglichkeiten der Gemeindeordnung NRW bei der Haushaltsplanung voll ausnutzt.“

Der Vorschlag zur Fassung der vorgenannten Resolution wird einstimmig angenommen.

Beschluss: Einstimmig 13 Ja-Stimmen / 00 Nein-Stimmen / 02 Enthaltungen

Bevor mit der Vorstellung der Bürgervorschläge begonnen wurde, wurde die Sitzung durch die Ausschussvorsitzende um 20:55 für 5 Minuten unterbrochen.

Im Vorfeld zur Aufstellung des Haushalts 2011 wurden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Meckenheim aufgerufen, sich mit Vorschlägen aktiv an der Aufstellung des Haushaltsplans zu beteiligen.

Die eingegangenen Bürgervorschläge wurden seitens der Verwaltung entsprechend der vorgegebenen Themengruppen zusammengestellt und im Vorfeld der Finanzausschusssitzung im Arbeitskreis Zukunft 2013 beraten, so dass sie in der heutigen Finanzausschusssitzung öffentlich vorgestellt und nach Themen gebündelt bearbeitet werden können. Im Vorfeld bedankt

sich Ausschussmitglied Gutsche und Bürgermeister Spilles bei den Bürgern für die eingereichten Vorschläge. Die Ausschussmitglieder Heymann und Brauckmann regen an, dass der Bürgermeister einen Dank und eine kurze Information zur weiteren Vorgehensweise im Umgang mit den Bürgervorschlägen auf der Homepage der Stadt Meckenheim veröffentlicht. Diese Anregung wird seitens der Verwaltung aufgenommen.

Im Anschluss werden die Bürgervorschläge nach den einzelnen Themenbereichen zur Beratung vorgestellt. Zum Themengebiet Personal wird seitens der Ausschussmitglieder der Antrag gestellt, dass die Verwaltung zeitnah ein Personalentwicklungskonzept entwickeln und dieses dem Rat vorlegen möge.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Beschluss: Einstimmig 15 Ja-Stimmen / 00 Nein-Stimmen / 00 Enthaltungen

Auf Antrag zur Geschäftsordnung des Ausschussmitgliedes Scholz wurde die Fortführung der Sitzung auf den 22.03.2011 vertagt.

Beschluss: Einstimmig 15 Ja-Stimmen / 00 Nein-Stimmen / 00 Enthaltungen

Die Ausschussvorsitzende vertagt um 22:00 Uhr die 1. Sitzung des Finanzausschusses auf den 22.03.2011.